

Eupen, den 08.12.2020

## **Rede**

Sehr geehrte Damen und Herren

In meinem heutigen Redebeitrag zum OB 40 werde ich auf den BRF, das Grenzecho, das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft und einige Unterstützungsmaßnahmen der DG in der Corona-Krise eingehen.

The tendency to conformity in our society is so strong that reasonably intelligent and well-meaning young people are willing to call white black. This is a matter of concern. It raises questions about our ways of education and about the values that guide our conduct.

Salomon Asch

Übersetzt :

Die Tendenz zur Konformität in unserer Gesellschaft ist so stark, dass halbwegs intelligente und wohlmeinende junge Menschen bereit sind, weiß als schwarz zu benennen. Dies ist ein Grund zur Besorgnis. Es wirft Fragen über unsere Art der Erziehung und über die Werte auf, die unser Verhalten leiten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Gibt es einen globalen Konformitätszwang im Umgang mit der Corona-Krise?

Immer wieder hört man : "Ja, die Corona-Maßnahmen werden weltweit angewandt, also müssen sie richtig sein", aber ist dem auch so?

Heute weiß man viel über Gruppen- oder Konformitätszwang. Am bekanntesten ist der Versuch von Salomon Asch im Jahr 1951, der aufzeigte, wie Einzelne durch falsche Meinungen einer Gruppe dazu gebracht werden können, auch selbst falsche Meinungen zu vertreten und sogar daran zu glauben.

"Viren", Masken, Tests, Impfungen – zur "neuen Normalität" in der Corona-Krise:

Seite: 1

Warum sollten Politiker gegen dieses Phänomen immun sein? Gerade hochrangige Politiker stehen permanent unter der kritischen Beobachtung der Bevölkerung. Jeder "falsche" Schritt kostet Beliebtheitspunkte, es ist einfacher mit der Masse zu schwimmen und nur dann auszuscheren, wenn durch eine PR-Aktion davon profitiert werden kann.

In Corona-Zeiten bedeutet es auch, die Verantwortung an unsere Virologen und Epidemiologen abzugeben, um im Nachhinein, sollte etwas schief gehen, die Verantwortung an diese abgeben zu können.

Nun noch eine Portion Aktionismus und das Bild des perfekten Politikers wird über die Medien an die Bevölkerung weitergetragen.

Ebenso, wie bei den Versuchen von Asch, gibt es wenige Ausnahmen in dieser Krise, die sich trauen, eine andere Meinung zu vertreten. Denn politisch könnte es sich nachteilig auswirken. Der Beliebtheitspegel könnte dadurch sinken.

Ein Beispiel ist Schweden. Kein anderes Land steht so unter Konformitätsdruck wie Schweden. In den westlichen Medien wurde verkündet, dass der Chef Virologe Tegnell erklärt habe, der Sonderweg ohne Shutdown wäre falsch gewesen, dabei hat er in Wirklichkeit lediglich erklärt, dass man natürlich einiges hätte besser machen können.

In den westlichen Ländern sind die Politiker auf die Zustimmung in der Bevölkerung angewiesen und somit wird die Bereitschaft, sich dem Gruppenzwang unterzuordnen, immer größer. Vielleicht ist dies auch ein Grund, warum Schweden leicht zurückerudert.

Als die Krise in China ausbrach, propagierten die westlichen Medien, dass solche Zustände in Europa nicht möglich wären, aber anstatt zu handeln warteten die Politiker ab. Als dann der Karren verfahren war, weil es kurzfristig nicht möglich war Intensivbetten aufzustocken und es zu wenig Pflegepersonal und Ärzte gab lautete das Credo plötzlich: "Wir dürfen das Gesundheitssystem nicht überstrapazieren". Die Politik stand unter Druck und erklärte das Virus kurzerhand zum Killervirus, weil sonst niemand verstanden hätte, warum man die Wirtschaft und die vielen Existenzen vernichtet.

Und hier kommen wir auf die Rolle einiger Medien zu sprechen:

Sie halfen, katastrophale Bilder zu malen, ohne kritisch die Hintergründe zu beleuchten, denn Katastrophen und Kriege sorgen immer für höhere Umsätze und Klickzahlen.

Nun hieß es vorsichtig sein, um nicht als Gefährder der Bevölkerung dazustehen.

Durch die Unfähigkeit der Politik und die Versäumnisse der letzten Jahre, die Krankenhäuser nicht profitorientiert zu leiten, wurde nun suggeriert, dass die Bevölkerung schuld sei, wenn sie sich nicht an die Maßnahmen halten würde oder wenn sie die Krankenhäuser für nicht notwendige Behandlungen aufsucht.

Als die Corona-Krise den Höhepunkt überschritten hatte und der R-Wert unter 1 lag, hieß es "Alles richtig gemacht, Leben gerettet". So entstand der politische Konsens, dass der Shutdown und alle Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus richtig seien.

Nun propagierten die Medien ungefiltert, dass der Ausnahmezustand solange anhält "bis es einen Impfstoff gibt", und dass alle Maßnahmen richtig waren, um die Bevölkerung zu schützen. Sie konnten gar nicht mehr anders handeln, waren sie es, die sich selbst durch ihre Panik-Berichterstattung zur Erhöhung der eigenen Auflagen in diese Konformität getrieben haben.

Warum keine Normalität möglich ist?

Da es sich um einen globalen "Gruppenzwang" handelt, stellt sich die Frage, wie wir wieder zu ein wenig Normalität zurückkehren können.

Auch kritische Fragen in Bezug auf die Impfung oder bezüglich Maßnahmen in dieser Krise dürfen und müssen thematisiert werden, denn es gibt keinen wissenschaftlichen Konsens.

Laut einem Artikel vom BRF vom 5.12.20, wird von einer sichtbaren Übersterblichkeit von fast 14000 Belgiern in Jahr 2020 gesprochen; Auf Statbel findet man andere Sterbezahlen. Hier belaufen sich die jährlichen durchschnittlichen Sterbezahlen seit 2015 auf 110.000 Menschen und somit käme man nicht an eine Übersterblichkeit von 14000 Belgiern. Wenn man jetzt noch den Prozentsatz der Verstorbenen in Relation zum Bevölkerungszuwachs nehmen würde, würde ersichtlich, dass wir uns seit 2004 kurz unterhalb der 10 % Marke bewegen. Stand 22.11.20 lagen wir bei 9,6 % und einer Sterbezahl von 111.034

Welche Zahlen sind nun korrekt? Hier ist es die Aufgabe der Journalisten investigativen Journalismus zu betreiben, denn die Bürger können nicht wissen, welche Zahlen richtig sind.

Der BRF erhält 2021 eine Dotation von 6.416.000 E , das Grenzecho erhält einen diesjährigen Zuschuss von 317.000 €

Während Fake-News derzeit die politische Landschaft schädigen, sollten die etablierten Medien ihrer Aufgabe gerecht werden und kritische Beiträge veröffentlichen, denn Meinungsvielfalt ist ein Pfeiler der Demokratie.

Wir brauchen in Ostbelgien unabhängige Medien, damit sich eine aufgeklärte, kritische und wachsame Gesellschaft bilden kann. Es sind die Medien die Dialogräume schaffen und sie sind deshalb eine zentrale Plattform für die gesellschaftliche Meinungsbildung. Es ist ihre Aufgabe eine gewisse Wächterfunktion zu erfüllen, über Mängel in der Regierungsführung zu informieren, von staatlichen Akteuren Transparenz zu fordern und dabei stets eine neutrale Haltung zu wahren.

Vorbildlich berichten der VIFEXPRESS, L'ECHO und WINFRIED. Dies erwarten wir auch von unseren hiesigen Medien.

Abschließend möchte ich hinzufügen, dass die Arbeit aller Mitarbeiter des BRF und des GrenzEchos in keiner Weise kritisiert werden, das habe ich auch schon in meiner Rede zum Geschäftsführungsvertrag klargestellt. Der BRF und auch das GRENZECHO haben sich zum Ziel gesetzt umfassend zu informieren, gute Unterhaltung zu bieten und dieser Aufgabe werden sie gerecht, dies bestätigt auch die Forsa-Umfrage. Wenn Sie aber nicht wollen, dass sich ein Teil der Bevölkerung mit Fake-News beschäftigt, dann müssen auch unbequeme Fragen vermehrt auf die Tagesordnung.

Das Arbeitsamt der DG

In Ostbelgien gibt es rund 6400 Selbstständige, wovon 4900 Haupterwerbstätige sind. Die Entwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft - 2 % ist leicht rückläufig im Vergleich zu den anderen Landesteilen Belgiens + 11 %.

Der Rückgang betrifft vor allem den Kanton St-Vith und zieht sich durch alle Sektoren. Haupterwerbszweig für Selbstständige in der DG sind die freien Berufe (25%), gefolgt von Handel, Banken und Horeca (25%), Industrie und Handwerk ( 22%), sowie der Landwirtschaft ( 19 %)

Ausgerechnet in der Eifel, dem Brotkorb des Handwerks, sind die Zahlen der Selbstständigen weiterhin rückläufig, wie schon 2018.

54 % der Selbstständigen sind älter als 50 Jahre und die Alterung der Selbstständigen schreitet schnell voran, denn 2005 waren nur 39 % der Selbstständigen älter als 50 Jahre

Sehr geehrte Damen und Herren,

Seite: 3

in einer mündlichen Frage wies ich im April schon auf diese Problematik der Betriebsführungskenntnisse hin, die Voraussetzung für die Selbstständigkeit in der Wallonie und in der DG sind.

Seit dem ersten September 2018 müssen Betriebsführungskenntnisse in Flandern nicht mehr erbracht werden, auch nicht für Berufe des Baugewerbes.

Angesichts der Corona-Krise stehen immer mehr Unternehmen vor einer ungewissen Zukunft und selbst gesunde Firmen kämpfen um das wirtschaftliche Überleben. Diese heißt es natürlich zu unterstützen. Andererseits kann man der Wirtschaft helfen, indem man Menschen einen vereinfachten Zugang zu gewissen Berufsbildern ermöglicht, und zwar durch Bürokratieabbau. Aus welchen Gründen meinen sie wohl hat Flandern diese Regelung abgeschafft?

Meine Frage lautete damals, ob Sie diese Problematik in den interministeriellen Konferenzen ansprechen wollen. Sie waren der Meinung, dass eine Abschaffung der Zulassungskriterien hinsichtlich der Betriebsführungskenntnisse weder den bestehenden Betrieben aus der Krise hilft, noch dazu führt, resilienter gegenüber der wirtschaftlichen Auswirkung der Corona-Krise zu sein.

Nein, da gebe ich Ihnen natürlich recht.

Sie wollten sich jedoch dafür einsetzen, die Wege in die Selbstständigkeit zu erleichtern, denn die grundlegende Unsicherheit der Krise kann einen Einfluss auf den Unternehmergeist haben.

Da die Problematik des Rückgangs der Selbstständigkeit jedoch nicht erst seit der Corona-Krise besteht, ist es höchste Zeit dringend Maßnahmen zu ergreifen, um dem Problem entgegenzuwirken.

Denn was tut jemand, der keine Betriebsführungskenntnisse hat ? Er wird sich Hilfe bei einem Experten suchen, um dann seiner wesentlichen Arbeit nachzugehen.

Weitere Anstrengungen müssen im Bereich der Arbeitslosigkeit der Nicht-EU Bürger unternommen werden, denn der Anteil der arbeitslosen Nicht-EU-Bürger ist in den letzten Jahren von 10% auf mittlerweile 17 % gestiegen, und dies durch die oftmals fehlenden Sprachkenntnisse, sowie das Problem, dass Diplome auf dem hiesigen Arbeitsmarkt nicht anerkannt werden oder nicht zugeordnet werden können.

Ich werde hier und heute nicht lange auf diese Thematik eingehen, da wir schon seit Jahren verpflichtende Sprachkurse auf B1-Niveau fordern. Wenn Integration funktionieren soll und wir keine Parallelwelten fördern wollen, dann ist das Beherrschen der Sprache nunmal Grundvoraussetzung.

Die DG hat in der Krise mehr geleistet als sie muss : Ja, hat sie, es gibt jedoch Kritikpunkte.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat über die neun Gemeinden im Rahmen der Tourismus-Zuständigkeit zwei Hilfsfonds an die Gemeinden ausgeschüttet, um das Hotel- und Gastgewerbe und die Touristik-Unternehmen zu unterstützen.

Der erste Betrag belief sich auf circa 1,9 Millionen €, der zweite auf circa 2,4 Millionen €. Im ersten Anlauf musste alles schnell und unbürokratisch gehandhabt werden und wir können die Vorgehensweise der DG-Regierung verstehen, die Gelder nach dem Gieskannenprinzip verteilt zu haben, denn niemand war auf diese Situation vorbereitet, und Abhilfe musste sofort geschaffen werden.

Im zweiten Anlauf verstehen wir diese Handhabe jedoch nicht mehr, denn selbst als Befürworter des Bürokratieabbaus, muss das Geld des Steuerzahlers gerecht verteilt werden.

Nun hat die DG beschlossen, die Gemeinden zu unterstützen, die Direkthilfen dem Einzelhandel und den geschlossenen Sektoren zukommen lassen werden. Die DG beteiligt sich mit 50 % bzw. 75 % an diesen Kosten, und dafür sind 2,5 Millionen E vorgesehen.

Wie kann es sein, dass man sich erneut dagegen entschieden hat, nach tatsächlicher Größe der Unternehmen und deren realen Bedürfnissen zu unterscheiden?

Laut Ihren Aussagen wurde zwischen haupt- und nebenberuflich unterschieden, womit de facto also ein Unterschied zwischen einer größeren Tätigkeit und einer kleineren festgehalten wird.

Ihre Erklärung, weshalb das Kriterium der Vollzeitäquivalenzen nur angedacht wurde, aber dadurch verworfen wurde, weil im Horeca Sektor eben nicht nur VZÄ sondern auch Flexijobs arbeiten, leuchtet nicht ein. Denn in unserem Nachbarland berechnet man nach einem Berechnungsschlüssel für Teilzeitkräfte :

Beschäftigte bis 20 Stunden = Faktor 0,5  
bis 30 Stunden = Faktor 0,75  
über 30 Stunden = Faktor 1  
auf 450 Euro-Basis = Faktor 0,3

Um ein Beispiel zu nennen, es kann nicht sein, dass ein Busunternehmen oder ein Reisebüro mit einem Angestellten, den gleichen Zuschuss wie ein Unternehmen mit 10 oder 20 Angestellten erhält, denn der Umsatzverlust des Großunternehmers ist viel höher als der des Kleinunternehmers.

Die Verantwortung nun beim dritten Paket gänzlich auf die Gemeinden abzuwälzen leuchtet ebenfalls nicht ein, und die DG-Regierung scheint es sich hier etwas zu einfach zu machen.

Zum Abschluss möchte ich darauf hinweisen, dass das Gaststättengewerbe sowie die Friseur- und Kosmetikbranche der am härtesten von den Corona- Maßnahmen getroffene Wirtschaftszweig ist. Wir hoffen, dass unser Konzept eines Gutscheinsystems für diese Sektoren nicht auf taube Ohren gestoßen ist und die DG eine Werbekampagne in diesem Sinne umsetzen kann, um diesen Sektoren noch vor Weihnachten eine Perspektive zu geben.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit,

Diana Stiel  
Vivant-Fraktion